

**Quelle: Die Zeit**

© Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG

»Nicht weiter das alte Spiel«

*Welche Regeln helfen gegen Importe, die unter unmenschlichen Bedingungen produziert werden?
Fragen an den Globalisierungsexperten Dani Rodrik*

Petra Pinzler

DIE ZEIT: Herr Rodrik, Sie gelten als Globalisierungskritiker. Gefällt Ihnen, wie der US-Präsident Donald Trump die Handelspolitik umkrempelt?

Dani Rodrik: Trump ist wahrscheinlich das Schlimmste, was denen passieren konnte, die die Globalisierung verantwortlich gestalten wollen.

ZEIT: Aber Trump hat versprochen, amerikanische Arbeiter besser vor den negativen Wirkungen des Welthandels zu schützen. Was ist daran falsch?

Rodrik: Ich glaube nicht, dass er wirklich etwas für Arbeiter tut. Trump hat zwar im Wahlkampf geschickt die Sorgen vieler Menschen aufgegriffen, die sich abgehängt fühlen. Doch ihn interessiert vor allem, wie er andere Märkte für amerikanische Exporte öffnen und den eigenen vor ausländischen Produkten schützen kann.

ZEIT: Er sagt, er will so die Interessen der US-Unternehmen und der Arbeiter verteidigen.

Rodrik: Ich glaube nicht, dass den Arbeitern durch diese Art von Protektionismus geholfen wäre – wobei ja unklar ist, was Trump wirklich tun wird.

ZEIT: Trotzdem stellt er infrage, was unter westlichen Regierungen bisher Konsens war: Dass die Öffnung der Märkte gut ist. Gefällt Ihnen das?

Rodrik: Ich finde, diese gesamte Diskussion läuft falsch. Es geht doch in Wirklichkeit nicht um die Frage, ob wir mehr Protektionismus oder mehr Freihandel brauchen. Jedem Menschen nützen manche Folgen der Globalisierung, und andere schaden ihm. Amerikanische Arbeitnehmer können heute im Supermarkt billiger einkaufen, weil es dort viele Waren aus China gibt. Es kann aber auch sein, dass sie den Job verlieren, weil ihr Arbeitgeber der ausländischen Konkurrenz nicht gewachsen ist. Nur, so etwas passiert auch durch Wettbewerb innerhalb von Ländern, viel häufiger sogar. Auch da verlieren Leute Jobs, weil ein konkurrierendes Unternehmen billiger anbieten kann. Die entscheidendere Frage ist: Warum weckt dieser Vorgang mehr Widerstand, wenn er durch internationalen Handel ausgelöst wird?

ZEIT: Und wie lautet Ihre Antwort?

Rodrik: Weil viele Leute dann das Gefühl haben, ihren Job durch unfaire Konkurrenz zu verlieren. Wenn mein Arbeitsplatz verschwindet, weil ein anderes Unternehmen meines Landes billiger produziert, dann weiß ich: Die treten in der Regel unter den gleichen rechtlichen Bedingungen an. Das ist anders, wenn er nach Vietnam oder Bangladesch verlagert wird, also in Länder, in denen die Leute oft keine Tarifverträge, wenig Rechte und sozialen Schutz haben. Diesen Wettbewerb finden Menschen unfair, und das zu Recht.

ZEIT: Manchmal sind nur die Löhne niedriger, ist das dann schon unfair?

Rodrik: Nicht, wenn sich das Lohnniveau unterscheidet, weil die Produktivität unterschiedlich ist. Aber wenn Arbeitern fundamentale Rechte vorenthalten werden, ist das nicht fair. Und es lässt sich auch

**Quelle: Die Zeit**

© Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG

nicht mit Armut entschuldigen.

ZEIT: Trotzdem können Sie nicht behaupten, dass die meisten amerikanischen Jobs an Länder verloren wurden, wo die Leute wie Sklaven arbeiten.

Rodrik: Nein. Aber in dem Moment, in dem wir akzeptieren, dass es verschiedene Arten von Welthandel gibt, können wir auch entscheiden, wann es sich um normalen Wettbewerb handelt und wann um Sozialdumping. Bisher wollten die meisten Ökonomen und Handelspolitiker diese Unterschiede allerdings nicht zur Kenntnis nehmen.

ZEIT: Die verweisen darauf, dass die meisten Jobs nicht durch unfaire Konkurrenz, sondern durch technologischen Fortschritt verschwinden.

Rodrik: Damit haben sie recht. Aber den technologischen Wandel akzeptieren viele Menschen. Deswegen sollen die Handelspolitiker sich um die Fälle kümmern, die die Menschen aufregen.

ZEIT: Die Unterscheidung zwischen fairem und unfaiem Handel ist in der Praxis ziemlich schwierig. Woran machen Sie fest, ob die Näherin in Bangladesch nur unter schlechteren Bedingungen arbeitet als wir oder ausgebeutet wird?

Rodrik: Genau darüber müssen wir in Deutschland, den USA und anderen Industrieländern diskutieren. Da werden die einen bestimmte Arbeitsbedingungen unfair finden. Und andere werden argumentieren, dass zwar nicht alle Standards so hoch sind wie bei uns, die Jobs aber trotzdem in Ordnung. Etwa weil es Mindestlöhne gibt oder fest begrenzte Arbeitszeiten.

ZEIT: Und daraus sollen neue Regeln für den Welthandel werden? Das klingt sehr kompliziert.

Rodrik: Klar ist das kompliziert. Aber die Regeln, über die bei TTIP verhandelt wird, sind noch viel, viel komplizierter. Wir haben in der Handelspolitik einfach falsche Prioritäten. Und deswegen haben viele Menschen das Gefühl, dass ihre Interessen dort bestenfalls als Fußnote auftauchen.

ZEIT: Was sollten Regierungen denn konkret gegen Sozialdumping tun können?

Rodrik: Ich könnte mir ein nationales Verfahren vorstellen, das ähnlich wie beim Antidumping funktioniert. In dem könnte es Regeln darüber geben, was unfairen Handel ist.

ZEIT: Würde das nicht von Leuten wie Trump missbraucht werden?

Rodrik: Sicher kann es Missbrauch geben. Aber wir könnten international regeln, wie und wann Regierungen gegen Sozialdumping vorgehen dürfen. Sie müssten dann beweisen, dass grundlegende Standards verletzt werden.

ZEIT: Und darüber würde dann vor der Welthandelsorganisation WTO entschieden?

Rodrik: Ja, man könnte zum Beispiel das existierende Schutzregime der WTO neu verhandeln. Die Frage ist doch, wie wir den Populismus in sinnvolle Bahnen lenken. So, dass eine Welt der offenen Ökonomien unterstützt wird. Die Antworten, die derzeit diskutiert werden, funktionieren beide nicht. Auf der eine Seite der Trumpsche Protektionismus. Und auf der anderen die ewige Wiederholung derselben Lobpreisung: Dass wir einfach so weitermachen sollten wie bisher.

ZEIT: Die Chefs von Weltbank, IWF und WTO haben gerade in Berlin noch eine andere Lösung vorgeschlagen. Sie fordern, dass die Regierungen die Verlierer der Globalisierung besser

**Quelle: Die Zeit**

© Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG

entschädigen und weiterbilden. Was halten Sie davon?

Rodrik: Das wünsche ich mir schon seit Langem. Aber im Jahr 2017 ist das zu einfach wenig. Außerdem löst es nicht das Problem des Sozialdumpings. Da brauchen wir neue Regeln. So wie es ja bereits Regeln gibt, wenn China beispielsweise vergiftetes Spielzeug exportiert.

ZEIT: Das darf der Zoll an der Grenze stoppen.

Rodrik: Ja, und genauso muss es möglich werden, Produkte zurückzuweisen, die unter unmenschlichen Bedingungen produziert wurden. Heute kann eine Regierung sich nicht gegen solche Importe wehren. Tut sie es, kann sie vor der Welthandelsorganisation verklagt werden.

ZEIT: Die Regierungen des Südens halten solche Ideen für den Protektionismus des Nordens.

Rodrik: In den Entwicklungsländern wird man verstehen müssen, dass die Akzeptanz der Globalisierung davon abhängt, dass Regierungen wieder mehr politischen Spielraum bekommen. Ihre eigenen, aber auch die der Industrieländer. Wir können nicht weiter das alte Spiel spielen, in dem Regierungen nur Märkte öffnen wollen. Unser Problem ist nicht die Offenheit der Märkte, sondern die fehlende politische Akzeptanz dieser Idee.

ZEIT: Roberto Azevêdo, der Chef der WTO, sagt das Gegenteil: Es gebe noch zu viele Handelsbarrieren, die das Wachstum verhindern.

Rodrik: Das finde ich einfach irre. Die Welt war noch nie so offen wie heute. Ich fürchte, dass die Cheerleader des Freihandels riesigen Schaden damit anrichten, dass sie behaupten, es sei wie beim Fahrradfahren. Man müsse ordentlich in die Pedale treten und immer weiterfahren, sonst falle man um. Der Vergleich stimmt einfach nicht.

DAS GESPRÄCH FÜHRTE PETRA PINZLER

Dani Rodrik ist Ökonom und Professor an der Harvard-Universität. Rodrik wurde 1957 in der Türkei geboren. Heute lebt er in den USA

In Bangladesch arbeiten viele junge Frauen in Textilfabriken – oft unter ärmlichen Bedingungen

Bildbeschreibung

BU: In Bangladesch arbeiten viele junge Frauen in Textilfabriken - oft unter ärmlichen Bedingungen